„Die müssen den Affen machen“

Der CSU-Bundestagsabgeordnete und Advokat Peter Gauweiler warnt vor der totalen Abhängigkeit der Abgeordneten von ihren Parteien

FOCUS: Jeder vierte Abgeordnete im Bundestag geht einer bezahlten Nebentätigkeit nach – in manchen Landtagen sogar jeder zweite. Volksvertreter zu sein – ist das wirklich ein Fulltime-Job?

Gauweiler: Natürlich nicht, sonst könnte Gerhard Schröder ja nicht Bundestags- und Edmund Stoiber nicht Landtagsabgeordneter sein. Mir missfällt aber die Rede von der Nebentätigkeit. Ist denn Schröder nur im Nebenberuf Kanzler oder Stoiber nur nebenbei Ministerpräsident, obwohl ihre Staatsämter den ganzen Mann fordern? Und denken Sie an die bald 300 Minister und Staatssekretäre in den Ländern, die fast alle Abgeordnete sind. Auch der bürgerliche Beruf eines Mandatsträgers sollte nicht als Nebentätigkeit abqualifiziert werden. Ich würde mir das jedenfalls verbitten.

FOCUS: Der Advokat Peter Gauweiler übernimmt neben seinem politischen auch aufwändige juristische Mandate wie die Fälle Kirch und Wildmoser. Bleibt da genug Zeit, das Volk zu vertreten?

Gauweiler: Wie immer bei Mehrfachbelastungen muss man mit seiner Zeit haushalten. Aber es ist nicht gut, wenn sich die Vertreter des Volkes aus dem bürgerlichen – vom Beruf maßgeblich mitgeprägten – Alltagsleben entfernen. Dann setzen sie ihre vom Grundgesetz gewollte Unabhängigkeit aufs Spiel. Wer nur noch politisch arbeitet, verlernt alles andere.

FOCUS: Ein Abgeordneter, der auf der Gehaltsliste eines Unternehmens steht, ist doch wohl auch nicht unabhängig ...

Gauweiler: Nein. Auf einer Payroll zu stehen ist kein Beruf, auch keine Nebentätigkeit. Sondern eine Neben-Untätigkeit. Trotzdem: Es gibt eine größere Gefahr als die, die Sie beschreiben.

FOCUS: Welche?

Gauweiler: Die totale wirtschaftliche und mentale Abhängigkeit von den Parteien. Abgeordnete ohne jeden eigenen Beruf sind dazu verurteilt, ihren jeweiligen Parteioberen den Affen zu machen. Aus Angst, vom Baum zu fallen. Dann wird alles abgenickt, weil das politische Führungspersonal Widerspruch naturgemäß weder schätzt noch fördert. Und die Parteispitzen sind es doch, die gerade bei unserem Listenwahlsystem schon bei der Hälfte der 603 Bundestagsabgeordneten faktisch bestimmen, wer wieder ins Parlament kommt. Wer also für sein ganzes Leben auf diese Art von Politik setzen muss, der lebt in einer Zwangsjacke und ist eben nicht unabhängig. Das ist der Tod jeder politischen Phantasie und Kreativität. Die Wahrnehmung eines Bundestagsmandats – also die Mitbestimmung bei der großen Frage: Wohin geht die Reise einer Nation? – sollte die Freiheit von Zwang, Aufträgen und Weisungen sein. Diese Freiheit ist mehr als die körperliche Sitzbereitschaft in der Bundeshauptstadt. Im Übrigen macht es ein besseres Gefühl, seine Diäten durch die eigene Einkommensteuer bezahlt zu wissen.

FOCUS: Wie kann man verhindern, dass sich finanziell potente Unternehmen politischen Einfluss erkaufen?

Gauweiler: Verhindern kann man das nicht. Man kann es aber erschweren, was ja jetzt wieder zu Recht versucht wird. Ich habe nichts dagegen, dem Parlamentspräsidenten meine Steuererklärung vorzulegen. Und wer regelmäßig Geld von einem bestimmten Unternehmen bekommt, muss dann auch sagen können, was er dafür eigentlich tut.

FOCUS: Wann ist für Sie die Grenze des noch Tolerierbaren überschritten?

Gauweiler: Was in einem Rechtsstaat toleriert wird, entscheidet das Gesetz. Man sollte im Bundestag und in den Landtagen deshalb auch gesetzlich konkretisieren, was für Gemeinderäte seit langem gilt: Liegt bei einem Abgeordneten eine Interessenkollision vor, muss dessen Teilnahme an den entsprechenden Beratungen und Abstimmungen gesetzlich verboten sein. Dieses Vertretungsverbot für die einzelnen Mandatsträger gilt bei den Gemeinden bekanntlich auch für Einflussnahmen im Vorfeld, also bei der Vorbereitung der gesetzlichen Entwürfe in den Verwaltungen und Behörden.

INTERVIEW: MICHAEL HILBIG

Focus, 24.01.2005
Deutscher Bundestag - Pressedokumentation